

Herrn
Bürgermeister
F.-X. Steininger
Stadtrat der Stadt Zwiesel
Stadtplatz 27
94227 Zwiesel

Stadtratsfraktion

Martin Lippl
Ligusterweg 3
94227 Zwiesel
Tel: 09922-5245
Martin.Lippl@posteo.de

Zwiesel, 22.08.20

„Für eine aktive Klimapolitik der Stadt Zwiesel“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Steininger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit 40 Jahren ist bekannt, welche Folgen die menschengemachte Klimaüberhitzung für uns und unsere Erde haben wird. Doch allen Warnungen der Wissenschaftler zum Trotz steigen die CO₂-Emissionen immer weiter. Nur durch die CORONA Pandemie sank der Ausstoß geringfügig.

Die Erwärmung der Erde muss begrenzt werden - die Weltgemeinschaft hat mit dem Abkommen von Paris 2015 dazu einen klaren Zielkorridor definiert. Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC von Ende März 2019 bleibt uns nur noch rund ein Jahrzehnt, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und damit die verheerenden Folgen der Klimaüberhitzung abzumildern.

Dieser völkerrechtliche Vertrag, zu dessen Einhaltung sich Deutschland verpflichtet hat, muss umgesetzt werden. Unser aller Zukunft und der Fortbestand unseres Planeten stehen auf dem Spiel. Wir müssen daher jetzt handeln – auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen, auch auf der kommunalen.

Auch bei uns ist der Klimawandel bereits angekommen: Der April ist bei uns mittlerweile 3-4 Grad wärmer als noch vor 30 Jahren. Zwischen Mai und August liegt der Temperaturanstieg laut Messungen und der Forschungen des Nationalparks immer noch bei 2 Grad. Die Auswirkungen sind in unseren geschwächten Wäldern bereits jetzt dramatisch.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen,

1. Der Stadtrat erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an und stellt fest dass die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Deshalb ruft er den Klimanotstand (climate emergency) für die Stadt Zwiesel aus.
2. Der Stadtrat wird die Auswirkungen auf das Klima sowie auf die ökologische

Nachhaltigkeit bei jeglichen Entscheidungen berücksichtigen. Hierzu sollen für sämtliche Beschlussvorlagen die Auswirkungen auf das Klima dargestellt und jene Alternativen priorisiert werden, die im Ergebnis zu einer Reduktion von Treibhausgasen führen.

3. Das Klimaschutzteilkonzept wird zügig umgesetzt und ein Fahrplan bis 2030 für Zwiesel unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Energienutzungsplans des Landkreises für Zwiesel ausgearbeitet. Die Stadtwerke werden beauftragt, Vorschläge zur Umsetzung der Energiewende in ihrem Wirkungsbereich zu erarbeiten.
4. Der Stadtrat verpflichtet sich, alle Maßnahmen zum Klimaschutz für Bürger mit niedrigen Einkommen so zu gestalten, dass keine zusätzlichen Belastungen entstehen und Arbeitsplätze erhalten bleiben oder neu entstehen. Die Bürger, insbesondere die Jungen, die die Folgen tragen müssen, sind an dem Transformationsprozess zu beteiligen.
5. Der Stadtrat orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimaüberhitzung an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Er handelt zudem bei seinen Entscheidungen stets in dem Bewusstsein seiner Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises.
6. Der Bürgermeister wird aufgefordert, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über die Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Verbesserung der Klimabilanz schriftlich und mündlich Bericht zu erstatten.
7. Der Stadtrat fordert vom Bundestag und vom Bayerischen Landtag die Einführung eines wirksamen Klimaschutzgesetzes, deren Ziele und Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Die bereits vereinbarten Reduktionsziele müssen eingehalten werden damit das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland bzw. Bayern spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.
8. Der Stadtrat fordert zudem Bundesregierung und Landesregierung auf, kommunales Handeln für mehr Klimaschutz in jeder Form zu unterstützen und den erforderlichen Handlungsspielraum zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Lippl

Anmerkung: Klimanotstand (climate emergency) ist kein Notstandsgesetz im rechtlichen Sinne. Es geht vielmehr um die Anerkennung und Erkenntnis, dass die Menschheit sich in einer existenziellen Notlage befindet. Wenn wir nicht deutlich stärker als bisher handeln, schlittern wir in eine nicht mehr beherrschbare Klimaüberhitzung.